Stadt Emmerich am Rhein Emmerich, 05.09.2001

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

am Dienstag, dem 04.09.2001

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 19.06.2001
3	02 - 13 0685/2001	Haushaltskonsolidierung in der Stadt Emmerich am Rhein
4	02 - 13 0725/2001	Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2001
4a)	05 - 13 0731/2001	Anlage eines Radweges entlang der Hochwasserschutzmauer im Bereich des Hafengeländes
5	06 - 13 0716/2001	Errichtung eines Gerätehauses; hier: Abschließender Vergleich zweier Standortalternativen
6	06 - 13 0718/2001	Autofreier Samstag am 22.09.2001
7	15 - 13 0723/2001	Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
8		Mitteilungen und Anfragen
9		Einwohnerfragestunde

II. Nichtöffentlich

10		Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 09.05. und 19.06.2001
11	01 - 13 0719/2001	Beförderung und Wechsel der Laufbahngruppe
12	01 - 13 0720/2001	Bestellung einer Prüferin für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emmerich am Rhein
13	08 - 13 0704/2001	Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken an die Eheleute Berkau, die Eheleute Doerwald und die Eheleute Tersluisen
14	08 - 13 0714/2001	Verkauf eines gewerblichen Baugrundstückes an der Moselstraße
15		Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder:
Arntzen, Helmut
Beckschaefer, Christian
Bongers, Karl-Heinz
Diekman, Rolf
Diks, Johannes
Heering, Anneliese
Hetterscheidt, Herbert (für Mitglied Sloot)
Jessner, Udo
Kremer, Helmut (für Mitglied Möllenbeck)
Kulka, Irmgard (für Mitglied Jansen)
Kunigk, Heinz-Gerd (für Mitglied Heuvelmann)
Lang, Hermann
Maiß, Franz Georg Anton
Roebrock, Wilhelm
Spiertz, Andre
Struckhof, Detlef
Tenhaef, Alfred
Ulrich, Herbert

Entschuldigt fehlen:
Jansen, Albert
Möllenbeck, Irene
Sloot, Birgit

Zuhörendes Ratsmitglied:
Camp, Wilhelm

Von der Verwaltung:
Bürgermeister Boch
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs
Herr Siebers
Herr Arntz
Herr Fidler
Herr Gürtzgen
Herr Holtkamp
Herr Kemkes
Herr Kraayvanger

Frau Lebbing
Herr Runge
Frau Schlitt
Frau Schnieders
Herr Stangert
Frau Köster
Frau Evers (Schriftführerin)

Vom Eigenbetrieb
Abwasserwerke: Herr Antoni

Vom Eigenbetrieb
KKK Herr Heyming

Der Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Ausschusses, der Presse, der Verwaltung und die Einwohner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Mitglied Struckhof, den Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordung abzusetzen.
Ein schriftlicher Antrag der FDP liegt der Verwaltung vor.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschluss
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den Tagesordnungspunkt

3 02-13 0685/2001 Haushaltskonsolidierung der Stadt Emmerich am Rhein

von der Tagesordnung abzusetzen.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür, 16 Stimmen dagegen , 2 Enthaltungen

Weiterhin stellt Mitglied Struckhof den Antrag, die Beratungen des Haushaltsplanes vorzuverlegen.

Auch hierüber lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschluss:
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Haushaltsplanberatungen vorzuverlegen.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür, 17 Stimmen dagegen , 1 Enthaltung

Die Tagesordnung wird mit der Erweiterung zu TOP 4 a genehmigt.

I. Öffentlich

TOP 1
Einwohnerfragestunde

Fragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

TOP 2
Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 19.06.2001

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der stellv. Schriftführerin unterschrieben.

TOP 3
Haushaltskonsolidierung in der Stadt Emmerich am Rhein
(Nr. 02 - 13 0685/2001)

Herr Siebers erläutert die Vorlage.

Mitglied Diks erklärt für seine Fraktion, dass sie auf keinen Fall der Erhöhung der Steuern zustimmen. Seine Fraktion hat ein Konzept zur Haushaltskonsolidierung erarbeitet, welches Einsparungen beinhaltet. Er beauftragt die Verwaltung eine Modifizierung der Parkgebühren auszuarbeiten. Er schlägt vor, nicht die Gebühren zu erhöhen, sondern die Parkzeit für "10 Cent" (20 Pfennig) auf 20 Minuten zu verkürzen. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, mit welchen Mehreinnahmen für diese Maßnahme gerechnet werden kann. Weiterhin bittet er die Verwaltung mit der EWG Gespräche zu führen, ob nach 17.00 Uhr die Parkgebühren aufgehoben werden können. Ebenfalls sollte die Verwaltung in Gesprächen mit dem Investor und Betreiber des Parkhauses im RheinCenter prüfen, ob die ersten drei oder vier Stunden Parken gebührenfrei sein könnten.
Weiterhin möchte die CDU nicht den Betriebskostenzuschuss für den Eigenbetrieb KKK um 50.000 DM kürzen.
Eine mögliche Verbesserung wird gesehen, wenn die Eigenkapitalverzinsung bei den Abwasserwerken im Jahre 2003 auf 7,5 und im Jahre 2004 auf 8 % angehoben wird.

Einen weiteren Prüfauftrag stellt die CDU-Fraktion im Hinblick auf die Bewirtschaftungskosten (Contracting, Energiebereich). Die Verwaltung hat hier 5 % eingerechnet. Die CDU ist der Meinung, hier können bis zu 10 % eingespart werden.
Weitere Einsparungsmöglichkeiten sieht seine Fraktion im Hinblick auf die Straßenbeleuchtung, Zinseinsparungen im Straßenbaubereich (Verschiebungen im investiven Bereich) , im Vermögensbereich durch eine Kürzung der Sanierungsmaßnahmen für Schulen.
Außerdem verweist Mitglied Diks auf einen Ansatz im Haushalt zur Möblierung der Innenstadt, welcher seinerzeit zurückgestellt worden ist, weil das Konzept Junker & Kruse nicht umgesetzt werden konnte. Dieser Betrag, der in den Haushalt 2001 übernommen werden sollte, ist jedoch nicht im Haushalt 2001 aufgeführt. Die CDU ist jedoch der Meinung, das dieser Betrag für Bänke, Abfallkörbe etc. bereitgestellt werden sollte.

Mitglied Jessner hält die Vorschläge von Mitglied Diks noch erläuterungsbedürftig. Er geht kurz auf die von der CDU-gemachten Anregungen ein und nimmt Stellung. Er schlägt vor, die von der CDU gemachten Prüfaufträge an die Verwaltung abzuwarten. Er verweist darauf, dass seine Fraktion dem Haushalt 2001 nicht zu zugestimmt hat. Seine Fraktion hat schon damals auf die verschiedensten Mängel hingewiesen.

Zur Haushaltsplanberatung 2002 wird die SPD eigene konstruktive Vorschläge einbringen.

Mitglied Beckschaefer erklärt, das auch die BGE Steuererhöhungen ablehnt. Er schlägt vor, dass die Fraktionsvorsitzenden sich vor der Ratssitzung zu einem Gespräch, um einvernehmliche Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zu finden, treffen.
Zu den Punkten 1 und 2 zeigt seine Fraktion Einverständnis, auch zu Punkt 3 zeigt er sein Einverständnis, seine Fraktion ist jedoch der Auffassung, dass hier noch mehr Einsparmöglichkeiten vorhanden sind. Der Reduzierung zum Betriebskostenzuschuss stimmt auch die BGE nicht zu. Auch die BGE wünscht keine Nettoneuverschuldung, sie stimmt jedoch einer Erhöhung der Parkgebühren nicht zu.
Als Deckungsvorschlag schlägt Mitglied Beckschaefer eine pauschale Senkung von 0,5 % des Verwaltungshaushaltes in allen Bereichen vor.
In Bezug auf den Verwaltungshaushalt fragt Mitglied Beckschaefer, warum die Stadt Emmerich 30 Asylbewerber über dem Soll haben.
Weiterhin ist die BGE nicht damit einverstanden, 500 TDM für Planungen der Betuwe-Linie einzusetzen; es muss deutlich gemacht werden, dass die Stadt Emmerich am Rhein keine Umfahrung möchte.
Zum Feuerwehrgerätehaus regt Mitglied Beckschaefer an, ob es Sinn macht ein fertiges Gebäude auszuschreiben, welches durch ein Unternehmen gebaut wird und die Stadt dieses Gebäude evtl. mietet oder später auch erwirbt.
Dieses sollte durch die Verwaltung geprüft werden.

Weiterhin regt er an zu prüfen, ob eine Zusammenlegung der Albert-Schweitzer- und Martini-Grundschule zweckmäßig ist.

Zum Thema Straßenbau erklärt er, dass das eingesparte Geld erst einmal im Innenstadtbereich eingesetzt werden muss.
Mitglied Beckschaefer fragt in diesem Zusammenhang nach lange geforderten dem Prioritätenkatalog.

Mitglied Maiß spricht die Heizungen des Stadttheaters, Martini-Grundschule und die Europa-Hauptschule an. Hier müsste unbedingt etwas getan werden. Seiner Meinung nach könnte hier gespart werden, wenn eine gute Heizungsanlage eingebaut werden würde.
Entgegen der gängigen Praxis ist es auch, wenn die Stadt dem Käufer der städtischen Beleuchtung die Zinsen bezahlen muss.
Die Stadt verkauft Grundstücke an Banken, die dann als Baugrundstücke verkauft werden, Die Bank macht dann gute Gewinne und nicht die Stadt. Dieses ist nicht richtig. Weiterhin spricht er Gewerbegrundstücke an, die nah an der Grenze liegen und zu billig an holländische Firmen verkauft werden. Auch hier entstehen nur Verluste.
Mit der Streichung des Betriebskostenzuschusses für den Eigenbetrieb KKK ist seine Fraktion nicht einverstanden.
Betreffend einer Erhöhung der Gewerbesteuer teilt Mitglied Maiß mit, dass die Industrie schon mehrmals angekündigt hat, es gäbe mehr Ausbildungsplätze bei einer Nichterhöhung der Gewerbesteuer; seine Fraktion hat sei jedoch den Eindruck, dass dieses bis heute noch nicht eingetreten ist. Er findet es "kaufmännisch dumm" wenn die Gewerbesteuer nicht erhöht werden würde.

Betreffend der Frage der Beschäftigungsgesellschaft von Mitglied Maiß teilt der Vorsitzende mit, dass dieses von der Verwaltung sehr wohl geprüft wurde und die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen ist, dass durch die Vermittlung in Arbeit die Kosten der Sozialhilfe um fast 700.000 DM gesenkt werden konnten und somit wesentlich erfolgreicher ist.

Mitglied Struckhof geht kurz auf die zuvor gemachten Ausführungen ein. Seine Fraktion ist nicht für eine Erhöhung der Gewerbesteuer; letztendlich bezahlt der Bürger über Mieterhöhung, Preiserhöhung etc. alles.
Seiner Meinung nach müsste im Verwaltungshaushalt gespart werden. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, wie viel Geld eingespart werden kann, wenn im Verwaltungshaushalt alle Haushaltsstellen um 5 % gekürzt werden. Ferner fehlt seiner Meinung nach, die Angabe über den Verkauf der Abwasserwerke sowie über den evtl. anstehenden Bürgerentscheid.

Mitglied Struckhof geht auf einen Eintrag im Internet ein, in dem eine Schülerin der Realschule die Aussage trifft, dass Schüler die Klassenräume putzen müssen. Die Verwaltung wird dieses prüfen.

Betreffend der Diskussion über die Innenstadtsanierung teilt der Vorsitzende mit, dass die Stadt nur noch eine Förderungen für Lohmann, Nonnenplatz und Rheinpromenade erhält; für die Innenstadt erst wieder in ca. fünf bis sechs Jahren.

Mitglied Beckschaefer verweist auf die Aussage von Mitglied Maiß, der den Landrat als perfiden Erpresser bezeichnet. Er und Mitglied Spiertz weisen diese Aussage zurück.

Die Frage von Mitglied Heering betreffend der Werbung auf dem Ausdruck der Parkscheine ist von der Verwaltung bereits geprüft. Das Ergebnis liegt zur Zeit nicht vor; die Verwaltung wird entsprechend berichten.

Der Vorsitzende erklärt zum weiteren Vorgehen, dass die Verwaltung die Vorschläge der Fraktionen prüft und in einem gemeinsamen Gespräch wird hierüber beraten.

Der Rat beschließt
1. die Erhöhung der Eigenkapitalzinsen bei den Abwasserwerken auf 7,0 % ab 2002;
2. die Personalausgaben werden ab 2002 auf 19.500 TDM eingefroren;
3. Einführung von Benchmarking und Immobilienmanagement zur Reduzierung der Bewirtschaftungskosten der Gebäude;
4. der Betriebskostenzuschuss für den Eigenbetrieb Kultur, Künste, Kontakte Emmerich wird ab Wirtschaftsjahr 2002/2003 um 50.000 DM reduziert;
5. keine Nettoneuverschuldung ab 2002;
6. Begrenzung des Schuldenstandes Ende 2004 auf maximal 40,0 Mio DM;
7. zur Ausschöpfung aller Einnahmepotentiale
   - Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer A ab 2002 auf 235 %
   - Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B ab 2002 auf 345 %
   - Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer ab 2002 auf 395 %
   - Anhebung der Parkgebühren
   - Anpassung Mieten bei Sozialorganisationen
   - Anpassung Verwaltungskostenbeiträge der Stiftungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss verweist diese Vorlage ohne Empfehlung an den Rat.

TOP 4a)
Anlage eines Radweges entlang der Hochwasserschutzmauer im Bereich des Hafengeländes
(Nr. 05 - 13 0731/2001)

Herr Kemkes bezieht sich bei seinen Erläuterungen auf die Vorlage und erläutert aufgrund der entsprechenden Frage von Mitglied Beckschaefer das Zustandekommen der hohen Kosten, die im Hauptgrund auf die Veränderungen in der Böschungsneigung liegen. Aufgrund dieser Kosten schlägt die Verwaltung vor, den Radweg entlang der Hochwasserschutzmauer im Bereich des Hafengeländes nicht zu bauen.

Die Mitglieder Diks und Jessner stellen den Antrag, gemäß der Empfehlung der Verwaltung zu beschließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die geplante Wegeführung vor der Hochwasserschutzmauer nicht auszuführen.

17 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 5
Errichtung eines Gerätehauses ;
hier: Abschließender Vergleich zweier Standortalternativen
(Nr. 06 - 13 0716/2001)

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

Mitglied Jessner stimmt dem Beschlussvorschlag zu, behält sich vor, wenn von der Verwaltung die von ihm gewünschten alternativen Vorschläge betreffend Mieten oder Leasen eines Gebäudes (wie im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss schon vorgetragen) kurzfristig einen anderen Beschluss zu fassen.

Der Rat beschließt, die Verwaltung nach Abschluss der Prüfung aller Standortalternativen zu beauftragen, die Errichtung des Feuerwehr-Gerätehauses nun ausschließlich auf dem Standort 2 a, wie in der Vorlage beschrieben, voranzutreiben.

19 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6
Autofreier Samstag am 22.09.2001
(Nr. 06 - 13 0718/2001)

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt hierzu, dass die Verwaltung Kontakte mit der Niag aufgenommen hat. Eine Taktverdichtung der Busse hätte Kosten i. H. v. ca. 4.500 DM, die von der Verwaltung zu tragen wären. Begleitende Maßnahmen sind in diesem Betrag nicht enthalten. Somit kommt die Verwaltung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag.

Mitglied Maiß zeigt seinen Unmut darüber, darüber, dass die Angelegenheit so spät erst behandelt wird. Der Antrag ist der Verwaltung schon im Mai zugegangen. Hier hätte der Wirtschaftsförderer tätig werden müssen.

Der Vorsitzende bezieht sich zu den Vorwürfen von Mitglied Maiß auf die Sitzung des Ausschusses für Landschaftspflege und Umweltschutz. Ein Auszug aus der Niederschrift ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, auf die Finanzierung eines ÖPNV-Angebotes am 22. September für den Fachgast zum Nulltarif i. H. v. ca. 5.000 DM aus Haushaltsmitteln

zu verzichten.

17 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

TOP 7
Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
(Nr. 15 - 13 0723/2001)

Mitglied Kulka bedankt sich bei der Gleichstellungsbeauftragten für den vorgelegten Bericht und die gleistete Arbeit.

Der Rat nimmt den Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Der HFA nimmt Kenntnis.

TOP 8
Mitteilungen und Anfragen

Es liegen weder Mitteilungen noch Anfragen vor.

TOP 9
Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

TOP 10
Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 09.05. und 19.06.2001

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegten Niederschriften werden Einwände nicht erhoben. Sie werden vom Vorsitzenden und der stellv. Schriftführerin unterschrieben.

Haushaltskonsolidierung in der Stadt Emmerich am Rhein
(Nr. 02 - 13 0685/2001)

Der Rat beschließt
1. die Erhöhung der Eigenkapitalzinsen bei den Abwasserwerken auf 7,0 % ab 2002;
2. die Personalausgaben werden ab 2002 auf 19.500 TDM eingefroren;

3. Einführung von Benchmarking und Immobilienmanagement zur Reduzierung der Bewirtschaftungskosten der Gebäude;
4. der Betriebskostenzuschuss für den Eigenbetrieb Kultur, Künste, Kontakte Emmerich wird ab Wirtschaftsjahr 2002/2003 um 50.000 DM reduziert;
5. keine Nettoneuverschuldung ab 2002;
6. Begrenzung des Schuldenstandes Ende 2004 auf maximal 40,0 Mio DM;
7. zur Ausschöpfung aller Einnahmepotentiale
   - Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer A ab 2002 auf 235 %
   - Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B ab 2002 auf 345 %
   - Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer ab 2002 auf 395 %
   - Anhebung der Parkgebühren
   - Anpassung Mieten bei Sozialorganisationen
   - Anpassung Verwaltungskostenbeiträge der Stiftungen.

Beratungsergebnis HFA: ohne Empfehlung an den Rat

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.35 Uhr, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin